

WAHLPRÜFSTEINE

Wenn Sie die Wahl des OB gewinnen...

1. Welche Ansätze der kommunalen Boden-, Liegenschafts- und Wohnungspolitik werden Sie verfolgen und nach Ihrer Wahl umsetzen?

2. Inwieweit unterstützen Sie die von uns in unserem Strategiepapier vorgeschlagenen Ansätze einer nachhaltigen, sozialen kommunale Boden-, Liegenschafts- und Wohnungspolitik für die Stadt Erfurt - das sind insbesondere die Anwendung des Konzeptverfahrens, die Vergabe von Erbbaurecht, die Förderung Kooperativer Bau- und Wohnformen (s. Anhang)?

In welchem Zeitraum und mit welchen Maßnahmen möchten Sie diese Ziele erreichen?

3. Wie werden Sie die Verwaltung in die Lage versetzen, die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen abzusichern? Beabsichtigen Sie, ggf. externe Expertisen einzubeziehen?

4. In welcher Form beabsichtigen Sie, die Öffentlichkeit in die unterschiedlichen Entscheidungen und Prozesse einzubinden und zu beteiligen?

zu den Fragen 1-4

Wir haben uns intensiv mit dem Modell von Konzeptvergaben beschäftigt. Gerade nach dem Scheitern der Grollmannstraße und der Tatsache, dass in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich private Investoren in Erfurt gebaut und Flächen erworben haben. Nach dem Vorbild anderer Städte würden wir ein Konzeptvergabesystem auf den Weg bringen, bei dem Immobilien zu einem Festpreis unter Abgabe eines Nutzungskonzeptes veräußert werden. Kaufwillige konkurrieren also nicht, indem Sie die Preise nach oben treiben, sondern indem Sie das beste Nutzungskonzept vorlegen. Eine Anstrengung wäre hier, die Kommunalordnung diesbezüglich zu ändern bzw. die Lesart dementsprechend zu juristisch interpretieren zu lassen. Neben der wirtschaftlichen Tragfähigkeit stehen besonders die sozialen, nachbarschaftlichen und nachhaltigen Aspekte des Konzeptes im Vordergrund. Darüber hinaus muss unbedingt die Kooperation zu den Wohnungsbaugenossenschaften in der Stadt aktiviert werden. Diese beklagen seit Jahren, ihre Hintertreppenrolle in der Stadt.

Ein weiterer wichtiger Punkt in meiner Rolle als OB wäre, in der KOWO auf die Neuausrichtung des Sanierungsprogramms hinzuwirken. Die generelle Veräußerung von vermieteten Immobilien (städtisch sowie KOWO) muss auf den Prüfstand.

Die von Wohnopia aufgeführten Konzepte und Ansätze im Strategiepapier sind schlüssig und erfahren in etwa 10 deutschen Städten bereits Anwendung in diversen Variationen. Leider zeigt die aktuelle Situation im Stadtplanungsamt, dass die Kompetenzen zu dem Thema Wohnen (sei es Baulandmodell oder Konzeptvergabe) begrenzt bzw. schlichtweg nicht vorhanden sind. Auch das seit einigen Jahren vor sich hin dümpelnde Bündnis für bezahlbares Wohnen hat bisher nichts konkretes auf die Wege gebracht.

Die Rolle des OBs muss es sein einen klaren Fahrplan mit Fristen aufzulegen bzw. einzufordern. Selbstverständlich muss dabei das Rad nicht neu erfunden werden. Expertise muss sich aus den bereits praktizierenden Kommunen eingeholt werden. Für die Verwaltung bedeutet dies, dass Personen Hauptverantwortlich mit dieser Aufgabe betraut werden müssen, der OB regelmäßig die Arbeitsstände abfragt und den Prozess und die Ziele im Blick behält. Neben dem Schulbauprogramm ist das Thema Wohnen schließlich eines der zentralen Themen der kommenden Jahre. Eine Teilnahme von Verantwortlichen aus der Verwaltung bei den Bildungsreisen zum Thema wäre ein erster Schritt. Ein weiterer ist die partnerschaftliche Kooperation mit Kommunen, welche sich bereits auf den Weg gemacht haben. Bei der Prozessgestaltung ist das Thema Beteiligung zentral, um nicht nur Expertisen, sondern auch Bedarfe in die Erstellung von Konzepten und Strategien mit einfließen zu lassen. Der vorgeschlagene Runde Tisch ist dabei eine Möglichkeit.

Bringen Städte diese Strategien und Konzepte auf den Weg, die klar das Gemeinwohl vor Profitorientierung stellen, stellt dies eine ungemeine Diskursbeeinflussung dar. Diese muss prominent in die Öffentlichkeit getragen werden, um nicht nur auf das Grundproblem von Verdrängung, Preissteigerung usw. aufmerksam zumachen, sondern auch die praktischen Handlungsansätze aufzuzeigen und somit einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen, dass eine andere Wohnungspolitik möglich ist und es sich in erster Linie um eine Frage der Haltung handelt.